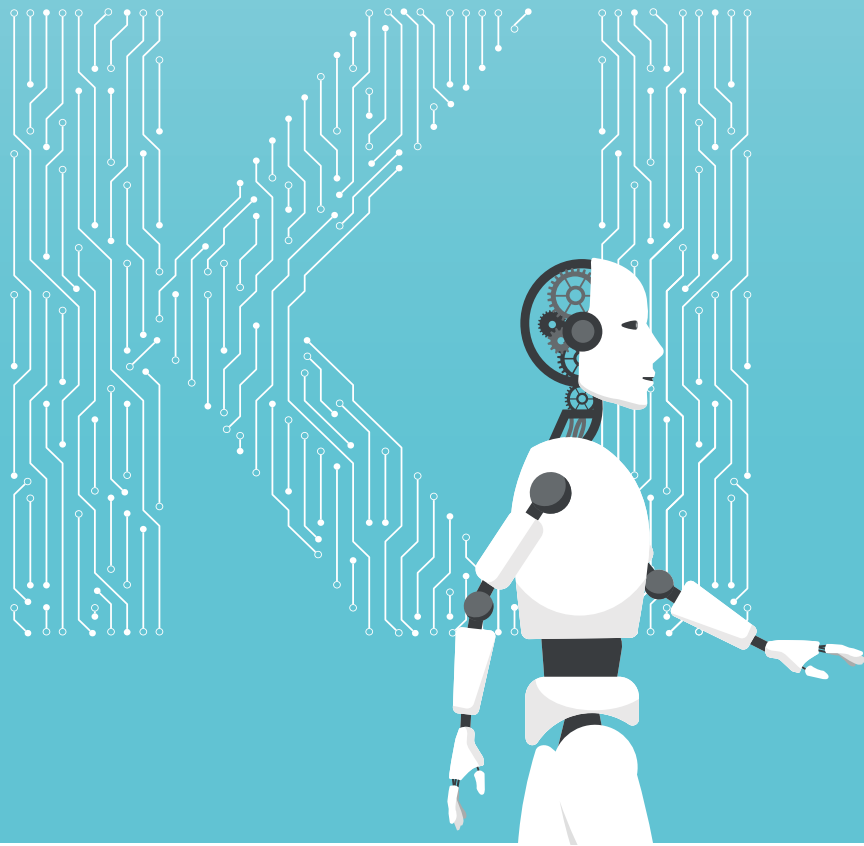


Da geht noch was



Künstliche Intelligenz. Obwohl immer mehr Unternehmen bei Stellenbesetzungen darauf achten, Mitarbeiter mit KI-Kenntnissen zu finden, ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz in den Herstellungs- und Arbeitsprozessen in Deutschland noch ausbaufähig: So nutzen laut IW-Zukunftspanel nur 37 Prozent der hiesigen Unternehmen KI, wobei größere Betriebe häufiger auf diese Tools zurückgreifen als kleine. IW-Digitalisierungsexpertin Barbara Engels rät allen Unternehmen – unabhängig von Größe und Branche –, zu prüfen, für welche Zwecke sie KI sinnvollerweise nutzen können. —→ [Seiten 2–6](#)

Immobilien

Mehr als 20 Millionen Mieter in Deutschland träumen davon, in einer eigenen Immobilie zu leben. Doch für viele von ihnen ist Wohneigentum aktuell nicht erschwinglich.

—→ [Seiten 8–9](#)

Arbeitsmarkt

Mehr oder weniger? Wie sich der Wegfall der Hinzuerdienstgrenze für Frührentner auf deren Arbeitsverhalten ausgewirkt hat, untersucht eine neue IW-Studie.

—→ [Seiten 14–15](#)

Viele Firmen noch im Kindesalter

Künstliche Intelligenz. Trotz ihres Potenzials, der deutschen Wirtschaft neue Innovations- und Wachstumsimpulse zu geben, kommt künstliche Intelligenz bislang nur in einem Teil der Unternehmen umfassend zum Einsatz. Oft beschränkt sich die Nutzung auf wenige Bereiche und die Firmen greifen vor allem auf standardisierte Tools wie Chatbots zurück.

Ein Übel kommt selten allein – dies gilt für die deutsche Wirtschaft derzeit mehr denn je. Nicht nur stellt die globale politische Entwicklung das exportorientierte Geschäftsmodell vieler deutscher Firmen infrage, auch die Probleme hierzulande sind zahlreich. Drei stechen hervor:

Der demografische Wandel verschärft den Fachkräftemangel – weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft, könnten 2030 bis zu 4,2 Milliarden Arbeitsstunden in Deutschland unerledigt bleiben.

Die Produktivität stagniert weitgehend – etwa, weil sich viele

Unternehmen mit Investitionen in neue Technologien zurückhalten.

Die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft lässt nach – von 2019 bis 2022 ist der Output an Produkt-, Prozess-, Organisations- und Marketinginnovationen um 15 Prozent gesunken.

Ein Weg, diesen Herausforderungen zu begegnen, ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Als Querschnittstechnologie kann KI in Unternehmen Routineaufgaben übernehmen, Prozesse beschleunigen und Entscheidungsgrundlagen verbessern, sodass Mitarbeiter produktiver arbeiten:

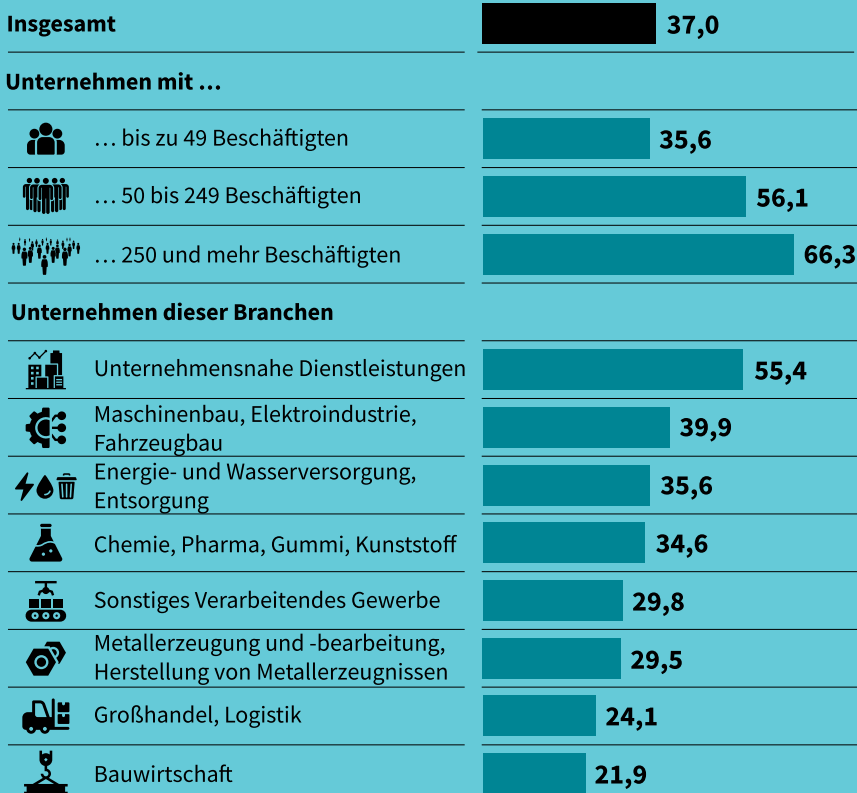
Laut einer Studie des IW könnte KI dazu beitragen, das jahresdurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität von 0,4 Prozent zwischen 2020 und 2023 auf 1,2 Prozent in den 2030er Jahren zu steigern.

Mithilfe von KI ließen sich bis 2030 in Deutschland schätzungsweise 3,9 Milliarden Arbeitsstunden einsparen, was die demografisch bedingte Lücke von 4,2 Milliarden Stunden erheblich verkleinern würde.

Zudem bietet KI ein großes Innovationspotenzial – auf der Basis enormer Datenmengen und des autonomen Lernens lassen sich neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entwickeln, die dringend benötigte Wachstumsimpulse geben könnten.

KI in Unternehmen: Eine Frage der Größe

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland nutzen künstliche Intelligenz



Befragung von 1.038 Unternehmen vom 16.10. bis 5.12.2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

All dies setzt aber voraus, dass KI in der Breite der Wirtschaft zum Einsatz kommt. Wie es um die KI-Nutzung in deutschen Unternehmen bestellt ist, hat das IW im Rahmen seines Zukunftspanels untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse:

Nutzung nach Unternehmensgröße. In welchem Maße ein Unternehmen KI-Anwendungen einsetzt, hängt wesentlich von seiner Größe ab (Grafik Seite 2):

Während rund 66 Prozent der Unternehmen ab 250 Beschäftigten KI-Tools nutzen, gilt dies nur für knapp 36 Prozent der Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern.

Ein möglicher Grund ist, dass es größeren Firmen leichter fällt, Investitionen in KI finanziell und personell zu stemmen.

Nutzung nach Branchen. Am häufigsten kommt KI bei unternehmensnahen Dienstleistern zum Einsatz – mehr als 55 Prozent der Unternehmen dieser Branche nutzen entsprechende Tools. Erklären lässt sich dies vor allem damit, dass Beratungsangebote, IT-Services oder Finanzdienstleistungen datengetrieben sind und das Automatisierungspotenzial in diesen Bereichen besonders groß ist.

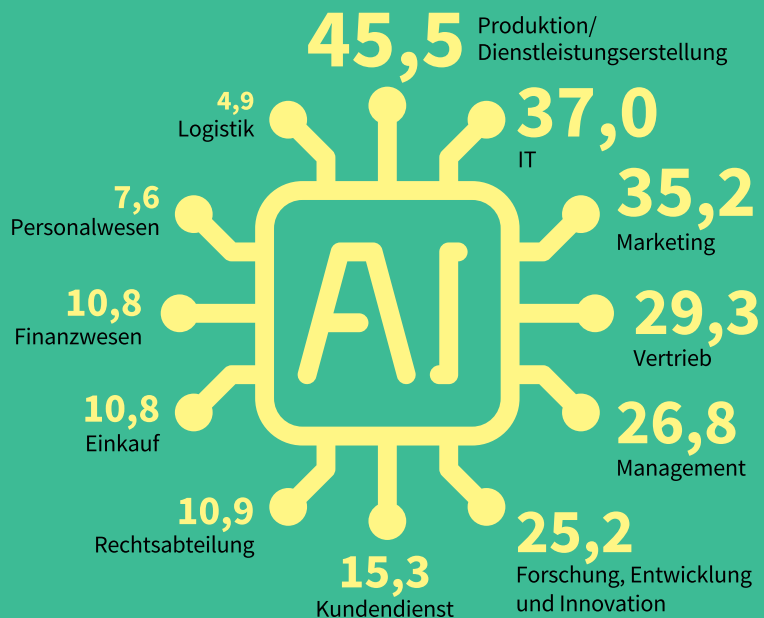
Vorreiter in der Industrie sind der Maschinenbau, die Elektroindustrie und die Fahrzeugbranche – rund 40 Prozent der dortigen Firmen sind KI-Nutzer. Sie alle profitieren besonders stark von den Prozessoptimierungen, die KI ermöglicht.

Deutlich seltener ist KI bislang im Handels- und Logistikbereich sowie in der Bauwirtschaft implementiert. Dabei bietet KI auch hier viel Potenzial – sei es für die automatische Erkennung von Baufehlern oder die Lageroptimierung.

Nutzung nach Unternehmensbereichen. Innerhalb der Betriebe kommt KI in sehr unterschiedlichem Maße zum Einsatz (Grafik):

KI unterstützt vor allem die Produktion

So viel Prozent der Unternehmen, die künstliche Intelligenz nutzen, setzen diese in folgenden Bereichen ein



Befragung von 428 Unternehmen vom 16.10. bis 5.12.2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Fast die Hälfte der Unternehmen nutzt KI in der Warenproduktion oder der Erstellung von Dienstleistungen.

In der Produktion kann KI etwa bei Qualitätskontrollen oder der Wartung von Maschinen helfen.

Immerhin jeweils mehr als ein Drittel der Firmen setzt KI in der IT sowie im Marketing ein. Beispielhafte Anwendungsgebiete sind hier die Cybersicherheit und das Erstellen personalisierter Werbekampagnen.

Am seltensten nutzen die Befragten KI in der Logistik. Ein Grund dafür dürfte sein, dass die Vorteile von KI in diesem Bereich – entsprechende Tools können beispielsweise helfen, die Routenplanung zu optimieren – erst ab einer gewissen Unternehmensgröße zum Tragen kommen.

Zwar dürfte die Relevanz von KI weiter zunehmen – allein 63 Prozent der Firmen, die bislang auf KI verzichten, planen deren Einsatz in

der IT. Stand heute setzen aber lediglich 2,2 Prozent aller Befragten KI in sämtlichen für sie relevanten Unternehmensbereichen ein – meist ist die KI-Nutzung eher punktuell.

Dafür, dass in den meisten Firmen eine systematische KI-Strategie noch eher die Ausnahme ist, spricht auch Folgendes: Die Betriebe nutzen in erster Linie standardisierte, kostenfreie Tools wie ChatGPT – speziell zugekaufte KI-Services finden sich in gerade mal 14 Prozent der Firmen. Weniger als 4 Prozent setzen selbst entwickelte KI-Verfahren ein.

IW-Policy Paper

Barbara Engels, Marc Scheufen, Edgar Schmitz:
Künstliche Intelligenz als Wettbewerbsfaktor
für die deutsche Wirtschaft

Gutachten

Vera Demary et al.: Wie wird die KI die Produktivität in Deutschland verändern? Gutachten
im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der
Deutschen Gewerblichen Wirtschaft

Interview. *Künstliche Intelligenz bietet der deutschen Wirtschaft enorme Chancen, doch bisher schöpft ein großer Teil der Firmen dieses Potenzial noch nicht aus. **Barbara Engels**, Senior Economist für nachhaltige Digitalisierung im IW, erklärt im iwd-Interview, woran es hapert und was Politik und Wirtschaft tun müssten, um die KI-Nutzung voranzubringen.*

„Wir dürfen nicht zum Zaungast der KI-Revolution werden“

Gut ein Drittel der deutschen Unternehmen setzt künstliche Intelligenz ein – stimmt Sie das hoffnungsvoll oder verschlafen zu viele Firmen diesen technologischen Fortschritt?

Tatsächlich setzen immerhin 37 Prozent der Unternehmen KI ein. Die meisten tun dies aber leider nicht flächendeckend und umfassend, sondern nur in einzelnen Unternehmensbereichen und für einzelne Prozesse. Wir müssen also über die reinen Nutzungszahlen hinausblicken und fragen, wie intensiv die KI-Nutzung wirklich ist. Da gibt es meinem Eindruck nach noch viel Luft nach oben, vor allem im Mittelstand. Wir dürfen nicht zum Zaungast der KI-Revolution werden. Hoffnungsvoll stimmt mich, dass viele Unternehmen planen, künftig KI zu implementieren.

Kleine Firmen setzen am seltensten auf KI. Kann es sein, dass sie die Tools schlicht nicht brauchen – beispielsweise, weil sie persönliche Dienstleistungen anbieten?

Viele kleine Unternehmen meinen vielleicht, KI sei nur etwas für große Konzerne. Aber das ist zu kurz gedacht. Klar, ein Industriebetrieb hat mehr Automatisierungspotenzial als ein Friseursalon – doch selbst der kann von KI profitieren, etwa bei personalisierter Kundenwerbung oder der Terminplanung. Die meisten kleinen Firmen haben allerdings noch gar nicht ernsthaft geprüft, wie KI ihre Prozesse verbessern könnte. Da liegt das eigentliche Problem.

Welche Ziele haben die Unternehmen denn generell, wenn sie KI-Tools implementieren?

Das Hauptziel ist laut unserer Umfrage die Unterstützung bei Routineaufgaben. Am zweithäufigsten nennen die Unternehmen die Qualitätsverbesserung. KI kann beispielsweise helfen, Produktfehler zu minimieren. Was ich persönlich interessant finde, ist, dass an dritter Stelle das Ziel steht, auch komplexe Aufgaben an die KI zu übertragen. Das zeigt, wie vielfältig KI inzwischen ist.

Wenn KI so viel kann, drängt sich die Frage auf, wie groß das

Risiko ist, dass diese Technik Arbeitsplätze vernichtet.

KI verändert jetzt schon viele Tätigkeiten, das ist klar. Den Beschäftigten bietet sich die Möglichkeit, sich stärker auf den Kern ihres Jobs zu fokussieren, also kreativer und strategischer zu arbeiten, während die KI zum Beispiel lästige Dokumentationspflichten übernimmt.

Beschäftigte müssen sich sicherlich anpassen – das ist nichts Neues. Aber KI bedeutet halt die größte gesamtwirtschaftliche Umwälzung seit der Erfindung der Dampfmaschine. Trotzdem glaube ich nicht, dass künstliche Intelligenz unterm Strich Jobs vernichtet. Im Gegenteil schafft KI neue Tätigkeiten und hilft uns, den aktuellen Fachkräftemangel zu lindern. Wer also arbeiten möchte, wird auch in Zukunft einen Job finden – vermutlich sogar einen besseren.

Das bedeutet, dass viele Mitarbeiter in Unternehmen lernen müssen, angemessen mit KI umzugehen. Wo sehen Sie hier Bildungsbedarf?



Foto: IW Medien

Jeder sollte heutzutage eine gewisse Grundbildung haben, weil KI in sehr vielen Bereichen unseres Lebens eine zunehmende Rolle spielt. Und nur wenn ich die Prinzipien der Technologie verstehe, kann ich sie gezielt nutzen und habe auch das Gefühl, die Kontrolle zu behalten. Das bedeutet, dass wir KI-Bildung auf allen Ebenen brauchen: in den Schulen, an den Universitäten – auch außerhalb technischer Studiengänge – und natürlich in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

Eine weitere Voraussetzung für den KI-Einsatz ist eine funktionierende digitale Infrastruktur. Wie sieht es damit hierzulande aus?

Die digitale Infrastruktur reicht noch nicht aus, um künstliche Intelligenz zukunftsicher einsetzen zu können. So sind wir noch längst nicht am Ziel, wirklich alle Haushalte und Unternehmen ans Glasfasernetz anzubinden, und es mangelt an Rechenkapazitäten, etwa für Echtzeitanwendungen wie die smarte Fertigung.

Damit zusammenhängend sind wir von digitaler Souveränität noch weit entfernt, auch weil ein sehr hoher Anteil der in Deutschland eingesetzten digitalen Technologien von außerhalb Europas kommt. Aus meiner Sicht ist es ganz zentral, dass wir in Sachen digitale Technologien souverän, also handlungsfähig sind, egal was geopolitisch gerade passiert.

Was müsste die Politik sonst noch tun, um KI in der deutschen Wirtschaft voranzubringen?

Vor allem für kleine Unternehmen ist es schwierig zu verstehen, was ihnen KI bringt und wie sie deren Möglichkeiten ausprobieren können. Da sollte die Politik konkrete und leicht zugängliche finanzielle Unterstützung anbieten, damit auch kleine Firmen KI-Projekte umsetzen können.

Wichtig wäre auch eine zentrale Anlaufstelle, also ein „One-Stop-Shop“, der den Unternehmen bei allen Fragen zum Thema KI weiterhilft. Das könnte eine neue Einrichtung sein, die gemeinsam von Bund

und Ländern betrieben wird. Denkbar wäre auch, auf bestehende Einrichtungen wie die Mittelstand-Digital-Zentren zurückzugreifen. In jedem Fall bietet das neue Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung eine gute Chance, das Thema beherrscht anzugehen.

Außerdem ist der Staat beim zentralen Thema Cybersicherheit gefordert. Er muss nicht nur für die öffentliche Verwaltung sichere digitale Lösungen einkaufen, sondern auch ganz allgemein die Forschung zum Thema „Sichere KI“ fördern.

Und welche Hausaufgaben müssen die Unternehmen selbst erledigen?

Wenn die Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig sein wollen, müssen sie in jedem Fall eine Bestandsaufnahme machen, damit sie wissen, welche Daten es bei ihnen gibt und wie ihre Prozesse aussehen. Denn nur dann sind sie überhaupt in der Lage zu prüfen, für welche Zwecke sie KI sinnvollerweise nutzen können.

Prompt ausgeschrieben

Künstliche Intelligenz. In den Stellenanzeigen von deutschen Unternehmen taucht immer häufiger das Stichwort künstliche Intelligenz (KI) auf. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre ist die Nachfrage nach entsprechenden Kompetenzen massiv gestiegen – und das nicht nur in IT-Berufen.

Im November 2022 brachte OpenAI ChatGPT heraus – die erste weltweit bekannte KI-Anwendung, die eigenständig Inhalte generiert. Seitdem sind zahlreiche weitere KI-Programme auf den Markt gekommen, die auch zunehmend im Berufsalltag genutzt werden: Ende 2024 gaben 37 Prozent der Unternehmen in Deutschland an, dass sie KI verwenden – mehr als zwei Drittel davon greifen auf inhaltserzeugende KI zurück.

Zwangsläufig steigt der Bedarf an Beschäftigten, die sich mit diesen Programmen auskennen und sie bedienen können. Neben Schulungen für ihr bestehendes Personal versuchen viele Unternehmen, gezielt Mitarbeiter mit den nötigen KI-Kenntnissen einzustellen – das zeigen aktuelle Auswertungen des IW (Grafik):

Im vierten Quartal 2024 beinhalteten 5.283 Online-Stellenanzeigen Anforderungen im Umgang mit generativer KI – fast doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Mehr als ein Drittel der KI-Stellen sind in IT-Berufen ausgeschrieben. Besonders häufig unterstützt generative KI die Informatiker beim Programmieren – eine Tätigkeit, die einen großen Anteil ihrer Arbeitszeit ausmacht.

Doch auch jenseits der Informatik sind KI-Kenntnisse gefragt – etwa in der Unternehmensorganisation (14 Prozent), in Werbung und Marketing (8 Prozent) oder in der Hochschullehre und der technischen Forschung (jeweils 4 Prozent).

Meist wünschen sich Unternehmen, dass die Bewerber bereits praktische Erfahrung mit KI-Anwendungen – beispielsweise bei ihrem

vorherigen Arbeitgeber – gesammelt haben oder dass sie über Fähigkeiten verfügen, um die Programme selbst (weiter) zu entwickeln. Außerdem sind Kenntnisse über effiziente Texteingaben, sogenannte Prompts, von Vorteil.

Seit Februar 2025 sind entsprechende Kompetenzen für Mitarbeiter, die künstliche Intelligenz nutzen, sogar verpflichtend – so regelt es die KI-Verordnung der EU. Besonders wichtig ist es, dass Beschäftigte bedacht abwägen, welche (sensiblen) Informationen sie in generative KI-Anwendungen eingeben – denn rechtlich haftbar bleibt der Mensch, nicht die Maschine.

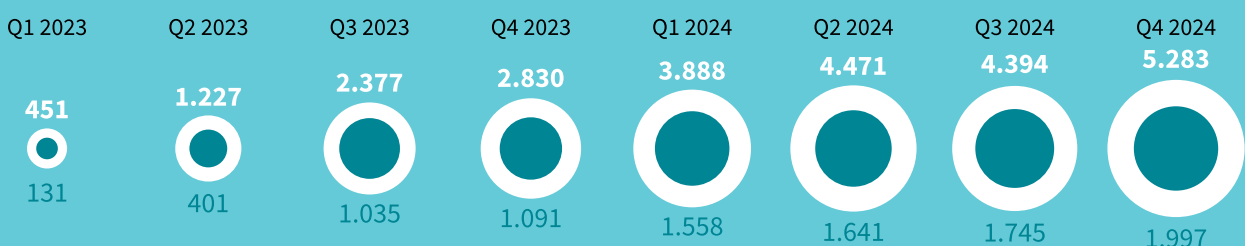
IW-Kurzbericht 38/2025

Jan Büchel, Jan Engler: Generative KI: Ein Wachstumstrend

Immer mehr Unternehmen setzen auf KI-Kenntnisse

So viele Online-Stellenanzeigen mit Bezug zu generativer künstlicher Intelligenz waren in dem jeweiligen Quartal in Deutschland ausgeschrieben

■ darunter: Informatikberufe



Generative KI: Anwendungen, die eigenständig Inhalte wie Texte, Bilder, Programmiercodes oder Videos generieren
Quellen: Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Input von außen

Immobilien. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, muss im Gebäudesektor viel saniert werden. Doch die Digitalisierung stockt hier, unter anderem fehlen oftmals relevante Daten zum Energieverbrauch der Häuser, Wohnungen und Gewerbeimmobilien. Abhilfe schaffen können Kooperationen mit Start-ups.

Klimaneutral bis 2045 – dieses langfristige Ziel hat die schwarz-rote Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag abermals bekräftigt. Einer der entscheidenden Bereiche für das Gelingen des Vorhabens ist der Gebäudesektor, denn er verursacht etwa ein Drittel des Kohlendioxid-Ausstoßes in Deutschland. So erreichen etwa 40 Prozent der Wohnimmobilien nicht die Energieeffizienzkategorie D. Um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen, müssten nach IW-Berechnungen jährlich zusätzlich fast 50 Milliarden Euro investiert werden, 13 davon für Gewerbeimmobilien.

Neben den nötigen Investitionen gibt es noch eine weitere große Herausforderung – das Erfassen des Energieverbrauchs der Gebäude. Oftmals fehlen den Eigentümern dafür relevante Daten – insbesondere im gewerblichen Segment. Eine Digitalisierungsoffensive und Innovationen sind dringend notwendig. Helfen können den Immobilienfirmen dabei sogenannte PropTechs. Hinter dem Begriff verbergen sich innovative Start-ups, die moderne digitale Lösungen für das gesamte Spektrum der Immobilienwirtschaft anbieten.

Die gemeinhin als eher träge geltende Branche kann durch die neuen Firmen nicht nur ihren Berichtspflichten zum Energieverbrauch kostengünstiger nachkom-

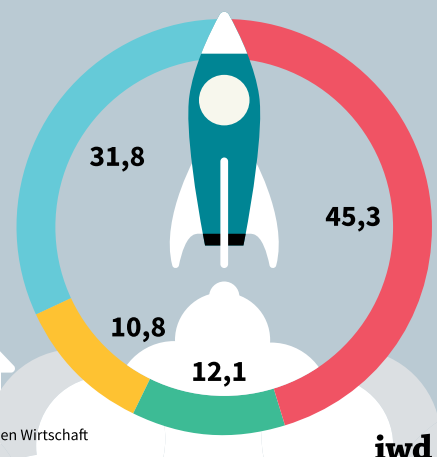
Immobilienbranche: Kooperationen im Blickpunkt

So viel Prozent der Immobilienunternehmen in Deutschland arbeiten auf diese Weise mit brancheninternen Start-ups zusammen

- Die Kooperation mit Start-ups wird fortgesetzt oder ausgeweitet
- Eine Kooperation mit Start-ups ist geplant oder wird künftig angestrebt
- Die bisherige Kooperation mit Start-ups wird zurückgefahren
- Es gibt keine Kooperation

Befragung von 118 großen Immobilienunternehmen im Februar und März 2025

Quellen: Zentraler Immobilienausschuss, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



men, sondern auch den ökologischen Fußabdruck verbessern sowie auf Innovationen rund ums Wohnen zurückgreifen. Viele Immobilienunternehmen profitieren bereits davon (Grafik):

Gut 45 Prozent der Immobilienunternehmen wollen ihre bestehende Kooperation mit Start-ups fortsetzen oder sogar ausweiten.

Zusätzlich streben rund 12 Prozent eine Zusammenarbeit mit innovativen Jungunternehmen an.

Vor allem für kleine und mittelständische Immobilienfirmen sind die Kooperationen interessant, da sie selbst in der Regel nicht über eigene Ressourcen verfügen, um umfassend

zu forschen oder neueste Technologien anzuwenden.

Bedarf und Markt sind weiterhin groß: Im Jahr 2024 gab es eine Rekordzahl von 1.264 aktiven PropTechs, darunter 196 Neugründungen. Allerdings sind die Wagniskapitalinvestitionen um 9 Prozent zurückgegangen. Bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital – steuerlich und regulatorisch – sind daher elementar, um die Innovationskraft der Unternehmen der Immobilienwirtschaft zu stärken.

IW-Kurzbericht 44/2025

Ralph Henger, Michael Voigtländer: PropTechs treiben Innovationen im Immobilienmarkt

Der große Wunsch nach Wohneigentum

Immobilien. Rund 20 Millionen Mieter in Deutschland hegen einen Traum: wohnen in den eigenen vier Wänden. Was die neue Bundesregierung tun müsste, um die Wohneigentumskultur zu stärken, hat eine neue IW-Studie zusammengetragen.

Ob „My home is my castle“ oder „Eigener Herd ist Goldes wert“ – viele alte Sprichwörter drücken die Wertschätzung und Geborgenheit aus, die das Gros der Menschheit mit einer eigenen Immobilie verbindet. Kein Wunder also, dass der Wunsch nach einem Eigenheim nach wie vor groß ist: Drei Viertel der Bundesbürger möchten gerne in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus leben, wie ein umfangreiches Gutachten zeigt, das das IW und die IW Consult für den Verband der Sparda-Banken erarbeitet haben.

Die Motive für den Wunsch nach Eigentum sind vielfältig. Sicherheit spielt häufig eine Rolle (Grafik Seite 9):

Befragt nach den Gründen für den Erwerb von Wohneigentum, geben 72 Prozent der befragten Mieter und Wohneigentümer an, dies böte einen Schutz vor Kündigung.

Fast genauso viele betrachten den Kauf einer Immobilie als wichtigen Beitrag zur Altersvorsorge. Zwei Drittel finden außerdem, Wohneigentum schütze vor Mietsteigerungen. Und 59 Prozent stimmen der Aussage zu, dass der Erwerb von Wohneigentum eine vergleichsweise wertbeständige Geldanlage ist.

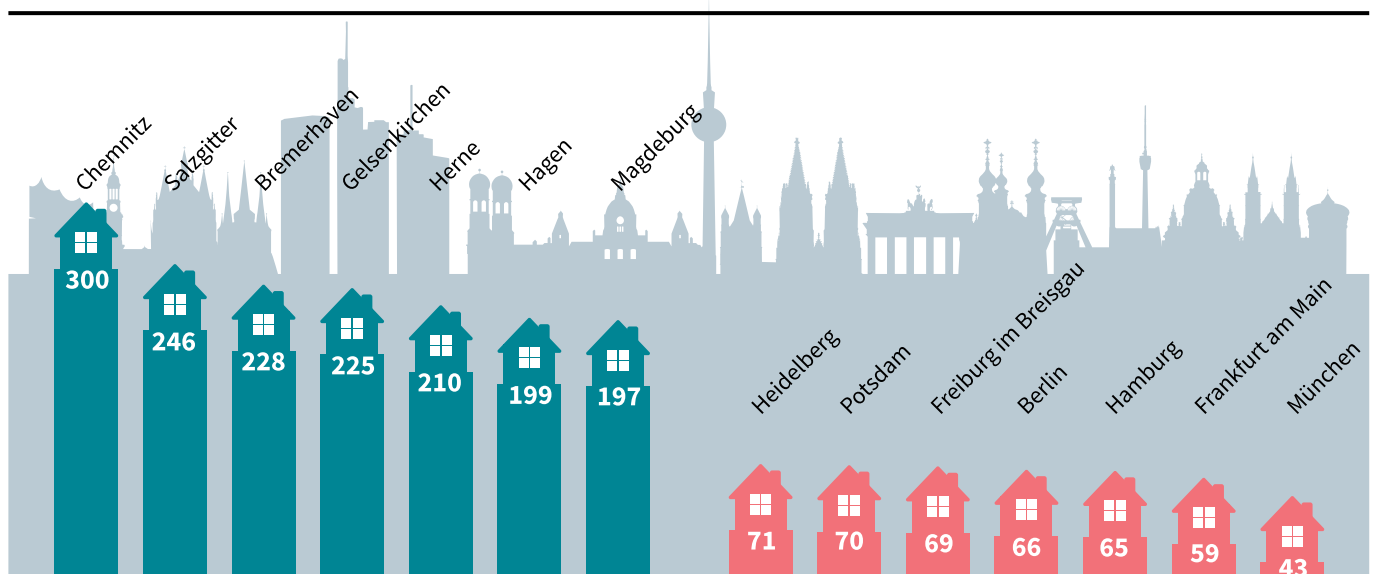
Trotz all dieser überzeugenden Argumente – hinzu kommen noch die individuellen Freiheiten, die Wohneigentum ermöglicht – stagniert die Eigentumsquote in Deutschland seit 13 Jahren:

In der Bundesrepublik beträgt die Eigentümerquote aktuell gerade mal 47 Prozent.

In keinem anderen EU-Land leben so wenige Menschen in den eigenen vier Wänden wie in Deutschland. Im Nachbarland Frankreich sind es 63 Prozent, in Italien 76 Prozent, in Rumänien sogar 94 Prozent.

Wohneigentum: Das gibt's für 360.000 Euro

So viele Quadratmeter Wohnfläche konnten Immobilienkäufer im Jahr 2025 für 360.000 Euro in den günstigsten und teuersten deutschen Städten im Durchschnitt erwerben



360.000 Euro: Durchschnittliche Investitionssumme von Bestandswohnimmobilienkäufern in Deutschland im ersten Quartal 2025

Quellen: Europace AG, Value Marktdaten, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

Die Gründe für die niedrige Eigentümerquote sind hinlänglich bekannt: In Deutschland wird seit Langem zu wenig gebaut und das, was angeboten wird, ist oft nicht erschwinglich. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres sind die Preise für Wohnimmobilien um 2,3 Prozent gestiegen, wie das IW-Gutachten zeigt.

Demzufolge geben Immobilienerwerber im Bundesdurchschnitt aktuell 360.000 Euro für eine Bestandswohnung oder ein Bestandshaus aus. Dafür erhalten sie im Schnitt 117 Quadratmeter Wohnfläche. In beliebten Städten und Metropolen bekommt man für diese Summe allerdings deutlich weniger Wohnraum (Grafik Seite 8):

In München – Deutschlands nach wie vor teuerster Stadt – können sich Immobilienkäufer mit 360.000 Euro im Schnitt nur eine 43 Quadratmeter große Wohnung kaufen.

Auch in den anderen sechs bevölkerungsstärksten Städten sind für diese Kaufsumme nur zwischen 59 (Frankfurt am Main) und 80 (Stuttgart) Quadratmeter Wohnfläche drin. Das Preisniveau in einigen Mittelstädten liegt sogar über dem einiger Metropolen: Wohnungen in Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Potsdam und Regensburg sind derzeit im Durchschnitt teurer als in Köln, Düsseldorf und Stuttgart.

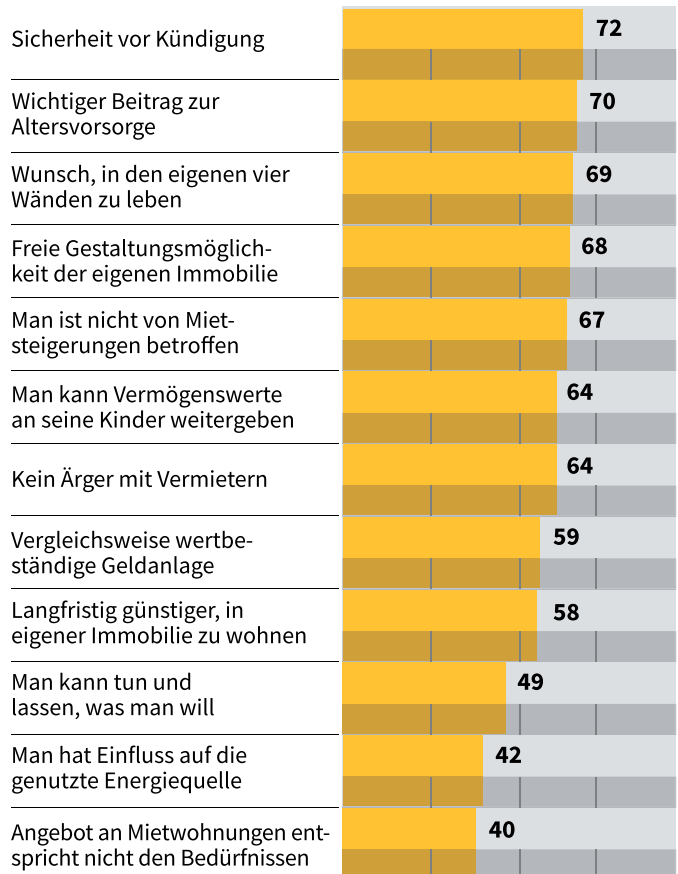
Natürlich gibt es auch Regionen, in denen Immobilienkäufer für 360.000 Euro deutlich mehr Wohnraum als in den bevorzugten Städten und deren Umland erhalten. In Chemnitz sind für diese Summe 300 Quadratmeter Wohnfläche drin, auch in vielen Ruhrgebietsstädten sind statistisch jeweils mehr als 170 Quadratmeter möglich. Im Kyffhäuserkreis und in den Landkreisen Mansfeld-Südharz, Hildburghausen, Salzlandkreis sowie Sonneberg können Käufer damit sogar ein Ein- oder Zweifamilienhaus aus dem Bestand mit mehr als 400 Quadratmeter Wohnfläche erwerben.

Damit die rund 20 Millionen erwerbswilligen Mieter ein Schloss oder zumindest einen Herd im Wohneigentum ihr Eigen nennen können, muss die Politik Bauvorschriften entschlacken und serielles Bauen, das deutlich kostengünstiger ist als herkömmliche Bauvorhaben, etablieren.

Zum anderen könnte die Bundesregierung die Wohneigentumskultur stärken, indem sie erprobte Konzepte aus dem Ausland auf Deutschland überträgt: In England und Nordirland profitieren Immobilienkäufer beispielsweise von einem Stufenmodell bei der Grunderwerbsteuer; Ersterwerber, die bis zu 425.000 Pfund investieren, zahlen diese Abgabe sogar überhaupt nicht. Dies würde Immobilienkäufer in Deutschland deutlich entlasten, denn die Erwerbsnebenkosten haben sich zwischen 2012 und 2025 fast verdoppelt.

Wohneigentum: Die wichtigsten Gründe

So viel Prozent der Bundesbürger stimmen diesen Motiven für den Wohneigentumserwerb zu



Befragung von 624 Personen ab 16 Jahren in Deutschland vom 23. Januar bis 5. Februar 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Eine weitere Maßnahme, die den Eigentumserwerb unterstützt, sind die in den Niederlanden praktizierten Hypothekenversicherungen. Diese Versicherungen übernehmen die Kreditraten bei einem Zahlungsausfall, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit, Scheidung, Tod oder Krankheit. Dadurch reduziert sich das Finanzierungsrisiko für die Banken, die Käufern somit einen höheren Fremdkapitalanteil bereitstellen können. So erhalten auch Haushalte, die über wenige Ersparnisse verfügen, die Möglichkeit, eine Immobilie zu erwerben.

Gutachten

Johannes Ewald, Henry Goecke, Felix Heyer, Hanno Kempermann, Pekka Sagner: Wohnen in Deutschland 2025
IW-Studie für den Verband der Sparda-Banken e.V.

Spiel mit dem Feuer

Außenhandel. Abhängigkeiten im Warenhandel spielen in geopolitischen Konflikten eine immer größere Rolle. Inzwischen dienen sie teils für unverhohlene Drohungen zwischen Handelspartnern. Die deutsche Wirtschaft muss aus diesem Grund ihre kritischen Abhängigkeiten reduzieren – vor allem von China. Bislang ist aber kaum etwas passiert.

Schon mal etwas von Chlordiazepoxid gehört? Oder von Azinphosmethyl? Kein Wunder, wenn nicht, denn diese Spezialchemikalien kennen in der Regel nur Experten. Für die deutsche Wirtschaft sind die Stoffe gleichzeitig wichtig und problematisch. Zum einen werden sie gebraucht – in diesem Fall zur Medikamenten- und Insektizid-Herstellung –, zum anderen ist Deutschland hier massiv auf Importe aus China angewiesen, wie eine aktuelle

IW-Studie zeigt. Dafür haben die Forscher – wie bereits im Vorjahr – die mehr als 14.300 Warengruppen der deutschen Außenhandelsstatistik überprüft, um einen Überblick über die kritischen Abhängigkeiten vom Reich der Mitte zu erhalten.

Das Ergebnis ist ernüchternd:

Im Jahr 2024 hatte Deutschland in rund 230 industrienahen Warengruppen einen Importanteil aus China von mindestens 50 Prozent und somit eine potenziell kritische

Abhängigkeit. 2023 traf dies auf rund 220 Warengruppen zu.

77 Warengruppen bilden dabei den harten Kern. Sie hatten in den vergangenen fünf Jahren konstant einen Importanteil aus China von mindestens 50 Prozent.

Auch in anderer Hinsicht hat sich nichts verbessert (Grafik):

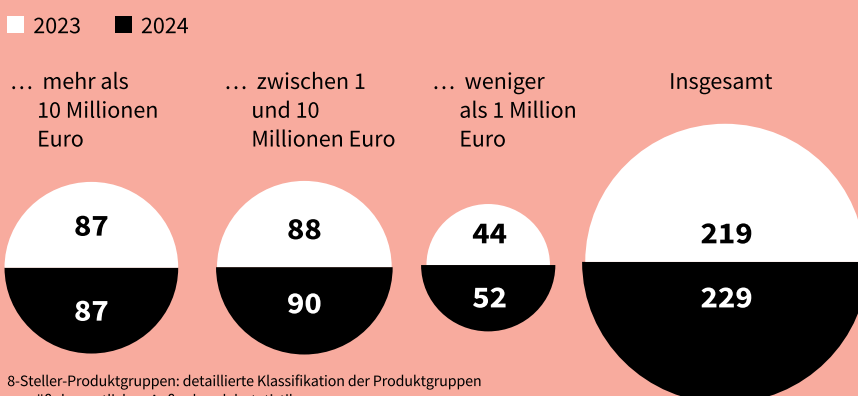
87 Warengruppen mit hoher Abhängigkeit von China hatten im Jahr 2024 einen Importwert von mehr als 10 Millionen Euro, genauso viele wie ein Jahr zuvor.

Unter den 20 wertmäßig wichtigsten Gruppen liegen Laptops mit einem Importwert von annähernd 10 Milliarden Euro unangefochten an der Spitze. Dahinter folgen Solarzellen mit 1,6 Milliarden Euro. Insgesamt vereinen die 229 Warengruppen Importe aus China im Wert von fast 20 Milliarden Euro, also für knapp 13 Prozent der gesamten deutschen Einfuhren aus China.

Sortiert man die Warengruppen nach Branchen, so finden sich für Maschinen, Apparate, mechanische Geräte und elektrotechnische Waren, zu denen die bereits erwähnten Laptops und Solarzellen gehören, 80 potenziell kritische Abhängigkeiten. Noch größer ist das Problem

Keine Spur von De-Risking

Bei so vielen industrienahen 8-Steller-Produktgruppen in Deutschland mit einem Einfuhranteil aus China von mehr als 50 Prozent betrug der Importwert jeweils ...



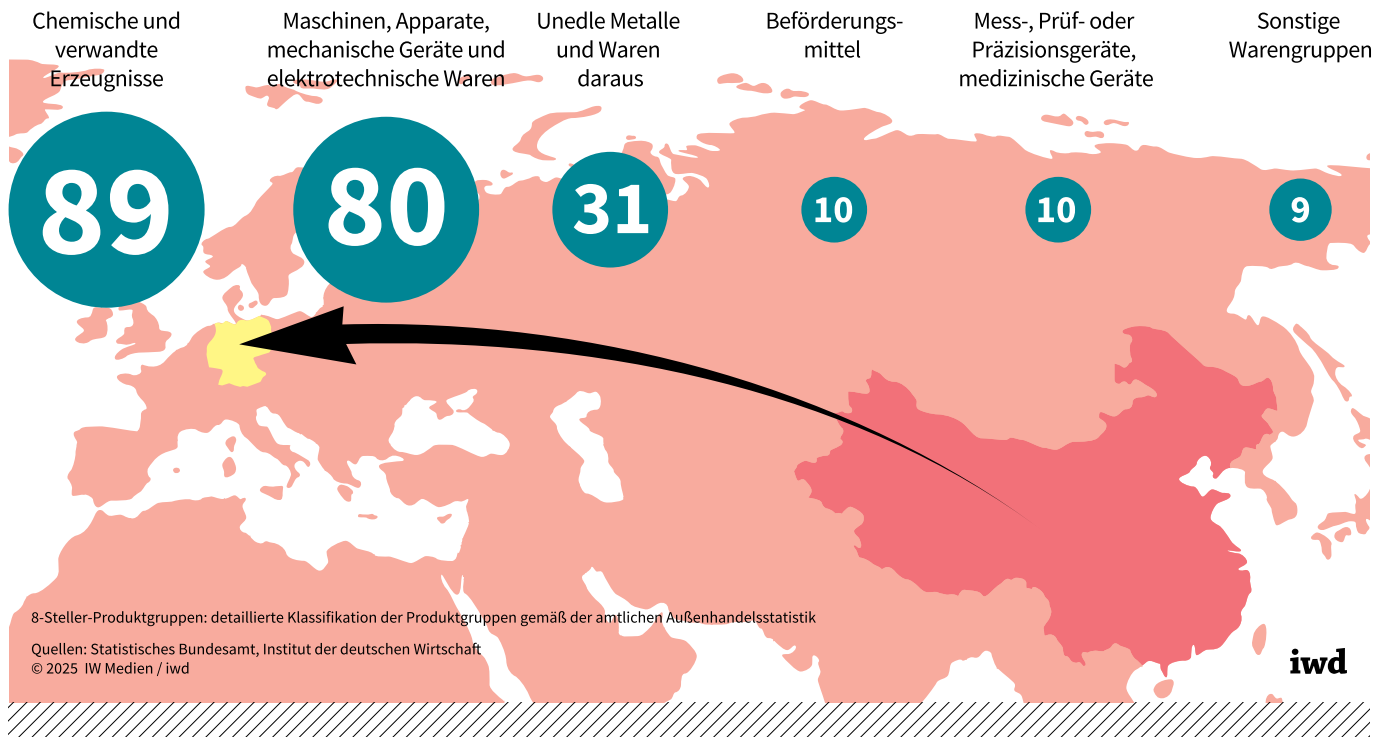
8-Steller-Produktgruppen: detaillierte Klassifikation der Produktgruppen gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Abhängigkeit von China in der Chemie am höchsten

Bei so vielen industrienahen 8-Steller-Produktgruppen aus den jeweiligen Warenkategorien betrug im Jahr 2024 der Einfuhranteil aus China mindestens 50 Prozent



nur in einer anderen Branche (Grafik):

Mit insgesamt 89 Warengruppen ist die Abhängigkeit von China bei chemischen und verwandten Erzeugnissen am stärksten.

Auf Rang drei folgen mit 31 kritischen Warengruppen die unedlen Metalle und die Waren daraus.

Zwar ist der Kreis der potenziellen kritischen Abhängigkeiten insgesamt angesichts der großen Zahl an Warengruppen überschaubar. Allerdings können sich darunter Produkte verbergen, bei denen Versorgungsengpässe relevante negative gesellschaftliche oder gesamtwirtschaftliche Effekte haben würden. Das kann dann der Fall sein, wenn diese Produkte für den Herstellungsprozess unverzichtbar und kurzfristig nicht hinreichend ersetzbar sind.

Für die üblichen Verdächtigen wie seltene Erden, Batterien oder

Solarmodule kann man das inzwischen einigermaßen einschätzen. Anders sieht es bei spezifischeren Produkten und Waren aus. Hier liegt das Wissen darüber, ob eine Abhängigkeit wirklich kritisch ist, oft in den Unternehmen selbst.

Für die Politik ist es dagegen schwierig bis unmöglich, dies einzuschätzen. Angesichts der auch von der neuen Bundesregierung verfolgten und auch notwendigen De-Risking-Strategie besteht daher eine gefährliche Wissenslücke, die es zu schließen gilt. Das IW hat dazu zwei konkrete Vorschläge:

Staatliche Taskforce. Es braucht ein (kleines) Analyseteam in einem Ministerium oder einer Bundesbehörde, welches die Risikoanalyse auf der Importseite übernimmt. Weil unternehmerische Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden müssen, sollte das Team unter strenger Verpflich-

tung zur Geheimhaltung in den vertraulichen Austausch mit Firmen gehen, um die nötigen Informationen zu erhalten.

Gesetzesänderung. Zudem wäre es sinnvoll, Paragraph 16 im Bundesstatistikgesetz bald zu ändern, der die Geheimhaltung der Unternehmensmeldungen in der Außenhandelsstatistik regelt. Er verhindert, dass der Staat an die Information gelangt, welche Unternehmen die Warengruppen mit hohen Abhängigkeiten von China importieren. Das sollte in begründeten Einzelfällen möglich gemacht werden, wenn es die Wirtschaftssicherheit erfordert.

IW-Report 24/2025

Jürgen Matthes: Importseitiges De-Risking von China im Jahr 2024

Verschoben, aber nicht versiegt

Russland. Trotz der Sanktionen westlicher Staaten läuft das Exportgeschäft und damit die Kriegsfinanzierung für Russland weiter rund. Effektiver würden das Regime um Präsident Putin ein niedrigerer Ölpreisdeckel und strengere Maßnahmen gegen die Schattenflotte des Landes treffen.

Militärische Unterstützung für die Ukraine auf der einen, Sanktionen gegen Russland auf der anderen Seite. Mit dieser Taktik haben westliche Länder seit Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 versucht, diesen zu beenden. Nach fast dreieinhalb Jahren muss man konstatieren: Der Plan ist nicht aufgegangen. Zwar sind die Importe westlich geprägter Nationen aus Russland stark zurückgegangen. Doch im Gegenzug haben andere Länder ihre Einfuhren teils massiv erhöht (Grafik):

Die russischen Exporte nach China, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner, sind von 2021 bis 2024 um 67 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr hatten sie ein Volumen von 130 Milliarden Euro.

Prozentual den größten Sprung machte Indien mit einer Zunahme von 680 Prozent. Inflationsbereinigt baute Russland den Warenhandel mit seinen wichtigsten 20 Partnern von 2021 bis 2024 sogar um 18 Prozent aus. Besonders gefragt sind russisches Gas, Öl und andere Rohstoffe.

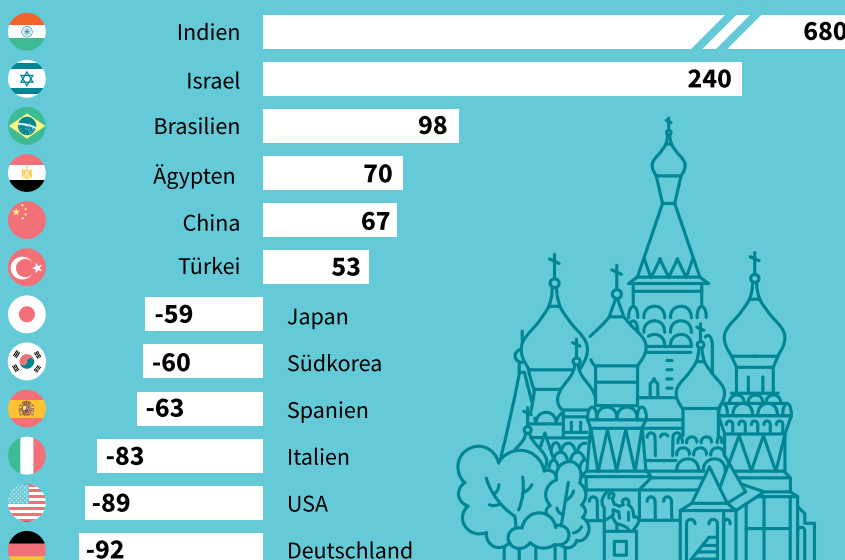
Die USA wollen den russischen Handel mit neuen Sanktionen eindämmen. Im Gespräch sind Sekundärzölle. Damit würden Länder, die russische Waren beziehen, von den USA mit Zöllen belegt. Ob sich das umsetzen lässt, ist fraglich. Schließlich sind Handelsdaten erst verzögert einzusehen, außerdem könnten die Zölle dazu führen, dass weniger Firmen und Länder ihre Handelsdaten melden. Für die EU wäre ein solches Zollkonstrukt zudem nicht tragbar, da sie sich so massiv selbst schaden würde.

Sinnvoller wäre ein koordiniertes Vorgehen, um den Ölpreis auf einem niedrigeren Niveau zu deckeln. Ein Preis von 30 Dollar pro Barrel hätte beispielsweise im April 2025 die Einnahmen Russlands um 38 Prozent oder 4,1 Milliarden Euro gesenkt.

Dazu gilt es, die russische Logistik stärker in den Blick zu nehmen. Die Schattenflotte, die zunehmend auch westliche Infrastruktur sabotiert, ließe sich durch Sekundärsanktionen gegen Drittstaaten-Reedereien und Hafenbetreiber treffen. Zudem sollte die EU den Warenumschatz auf See, sogenannte STS-Transfers, in ihren Gewässern für russische Schiffe komplett verbieten.

Russland: Deutlich mehr Handel mit Indien

Um so viel Prozent ist der reale Importwert dieser Länder aus Russland von 2021 bis 2024 gestiegen beziehungsweise gesunken



Länderauswahl aus den 20 größten Importeuren russischer Waren
 Quellen: Chinese Customs Statistics, UN Comtrade, World Bank Commodity Index, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurbericht 53/2025

Simon Gerards Iglesias: Sanktionen gegen Russland: Wer finanziert noch Putins Kriegskasse?

Macht durch Metalle

Rohstoffe. Europa ist vollständig vom Import seltener Erden aus China abhängig. Es ist höchste Zeit, in eigene Förderprojekte zu investieren, um das potenzielle chinesische Druckmittel zu entschärfen.

Am Anfang aller industriellen Wertschöpfungsketten stehen natürliche Ressourcen. Viele Länder, darunter Deutschland, haben allerdings wenig eigene Rohstoffvorkommen und sind daher auf Importe angewiesen. In anderen Worten: Wenn die Versorgung mit Rohstoffen stockt, stehen die Bänder in den Fabriken still.

Besonders brisant ist die Lage bei sogenannten seltenen Erden. Diese Gruppe spezieller Metalle wird unter anderem für Hochleistungsmagnete benötigt, die in Elektromotoren, Generatoren oder Windkraftanlagen stecken. Das Problem: Rund zwei Drittel der weltweiten Förderung dieser Metalle entfielen im Jahr 2023 auf China. Das gibt der chinesischen Regierung ein erhebliches Machtinstrument in geopolitischen Konflikten – ein Lieferstopp würde zu großen wirtschaftlichen Schäden in den betroffenen Ländern führen.

Die chinesische Regierung setzte diese ökonomische Waffe bereits zweimal ein, 2010 gegen Japan sowie im aktuellen Handelskonflikt mit den USA. Auch die EU muss damit rechnen, dass China die Lieferung von seltenen Erden einschränken könnte, und sollte sich wappnen.

Aktuell existieren hier keine eigenen Förderstrukturen oder gesicherten alternativen Lieferketten. Um unabhängiger zu werden, muss die EU in konkrete Rohstoff- und Recyclingprojekte investieren. Als Vorbild kann Japan dienen: Nach dem ersten Exportstopp von China beteiligte sich das Land am Aufbau einer Seltenerd-Mine in Australien und erhielt als Gegenleistung Förderanteile.

Investitionsmöglichkeiten für die EU gäbe es einige, schließlich liegt rund die Hälfte der wirtschaftlich und technisch förderbaren Vorkommen an seltenen Erden außerhalb Chinas. Die zweitgrößten Reserven gibt es in Südamerika (Grafik):

In Brasilien liegen rund 21 Millionen Tonnen an förderbaren seltenen Erden.

Indien und Australien besitzen ebenfalls größere Vorkommen. Auch Grönland könnte damit beginnen, seltene Erden zu fördern.

Seltene Erden: China hat die meisten

Seltenerd-Reserven in 1.000 Tonnen



Quelle: U.S. Geological Survey
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Ein Anfang ist schon gemacht: Die EU-Kommission hat eine Reihe von Förderprojekten als strategisch eingestuft und behandelt diese somit priorisiert – darunter eines in Schweden. Doch bis sich daraus tragfähige Alternativen ergeben, bleibt die Abhängigkeit hoch und damit auch das Risiko politischer Erpressung.

IW-Kurzbericht 50/2025

Hubertus Bardt: Europa muss in die Förderung Seltener Erden investieren

Gut gemacht oder nur gut gemeint?

Arbeitsmarkt. Um Menschen länger im Arbeitsmarkt zu halten, hat die Bundesregierung die Hinzuverdienstgrenze für Rentner zunächst in den Jahren 2020 und 2021 erhöht und 2023 ganz abgeschafft. Wie Frührentner darauf reagierten, hat nun das IW untersucht.

Deutschland fehlen Fachkräfte – und das nicht zu knapp. Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken, ist es, die Menschen möglichst lang im Arbeitsleben zu halten. Genau mit dieser Intention, und um ein Ausscheiden älterer Beschäftigter während der Coronapandemie zu verhindern, hat die frühere Bundesregierung 2020 die Hinzuverdienstgrenze für Rentner, die die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben, von 6.300 Euro – dem Jahreseinkommen aus einer geringfügigen Beschäftigung – auf 44.590 Euro angehoben. Ein Jahr später folgte eine weitere Erhöhung auf 46.060 Euro. Erst oberhalb der Grenze wurden die Einkommen auf die Rente angerechnet. Im Jahr 2023 schaffte die Regierung die Hinzuverdienstgrenze schließlich komplett ab.

Grundsätzlich könnten (angehende) Rentner auf die veränderten Verdienstmöglichkeiten auf dreierlei Weise reagieren:

1. Die Menschen passen ihr Verhalten nicht an, weder was den Renteneintritt noch den Hinzuverdienst im Anschluss angeht. Das Arbeitsvolumen bleibt unverändert.
2. Menschen, die die vorzeitige Altersrente beziehen, nehmen nun häufiger eine Beschäftigung auf. Die

angehenden Rentner halten an ihren Zeitplänen für den Renteneintritt fest. Das Arbeitsvolumen steigt.

3. (Besonders) langjährig Versicherte ziehen ihren Renteneintritt vor und arbeiten weiter. Das Arbeitsvolumen bleibt gleich, aber die Frührentner erhalten bereits Zahlungen aus der Rentenversicherung. Ausgleichen müssten das entweder die Beschäftigten über höhere Beitragssätze oder alle Steuerzahler, wenn der Fiskus die Lücke in der Rentenkasse stopft.

Neurentner, die weiter arbeiten gehen, lindern den Fachkräftemangel bisher so gut wie gar nicht

Um sich der Antwort auf die Frage, welches Szenario eingetreten ist, zu nähern, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Versicherten- und Rentendaten der Rentenversicherung analysiert. Besonders auffällig ist die Entwicklung in einer Gruppe (Grafik):

Der Anteil der Hinzuverdiener unter den Personen, die im Be-

trachtungsjahr nach 45 Berufsjahren abschlagsfrei in Rente gegangen sind, ist von 2019 bis 2023 massiv gestiegen – von knapp 6 auf gut 20 Prozent.

Auch unter den langjährig Versicherten – also jenen mit mindestens 35 Versicherungsjahren –, die vorzeitig in den Ruhestand getreten sind, ist der Anteil der Hinzuverdiener im ersten Rentenjahr von gut 3 auf knapp 11 Prozent gestiegen.

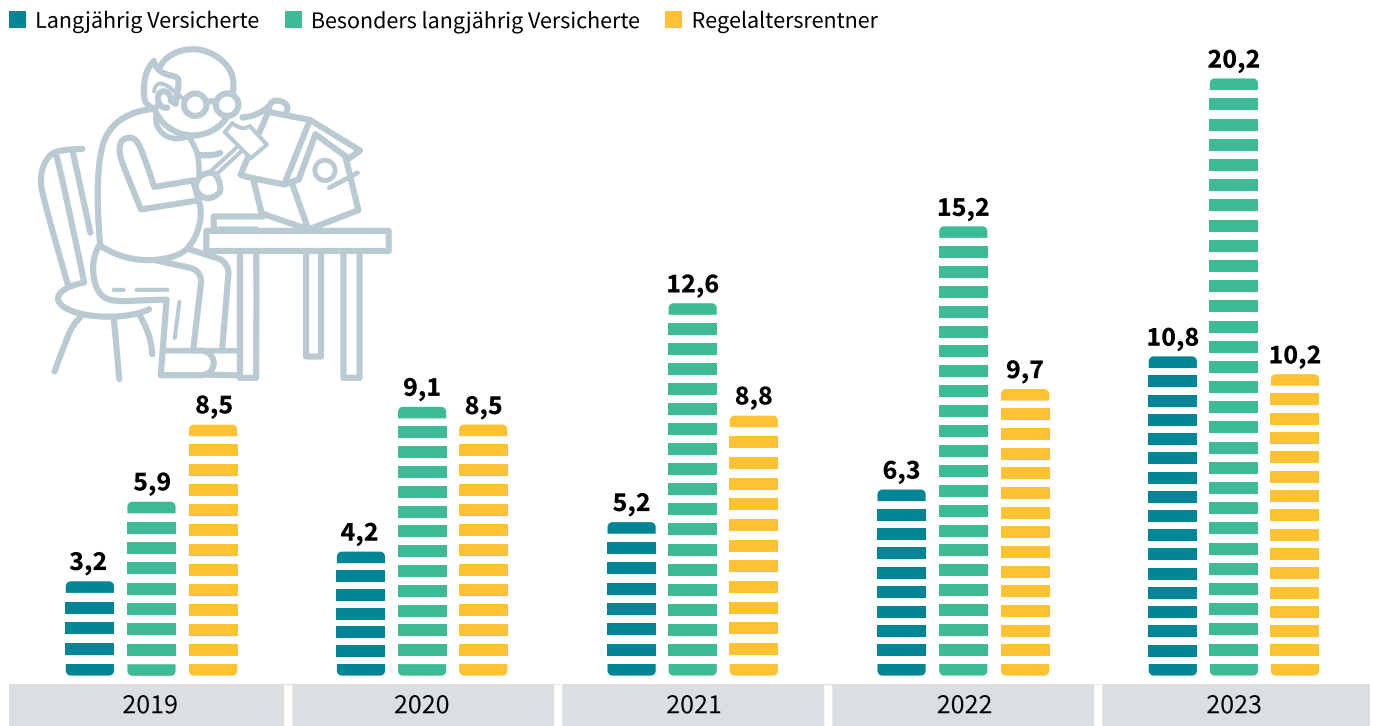
Unter den sogenannten Regelaltersrentnern – also jenen, die ihre Rente erst zur regulären Altersgrenze beantragt haben und für die es nie eine Hinzuverdienstgrenze gab – hat sich der Anteil der Hinzuverdiener dagegen von 2020 bis 2023 nur moderat erhöht.

Größere Veränderungen gab es durch die Reformen des Hinzuverdiensts auch bei der Einkommenshöhe. So verdienten die Regelaltersrentner in den Jahren 2018 und 2019 etwa 50 Prozent mehr hinzu als besonders langjährig versicherte Ruheständler. Nach der Reform im Jahr 2023 lagen die Einkommen dieser Gruppe 10 Prozent über denen der regulären Altersrentner.

Und noch eine weitere Erkenntnis liefern die Daten:

Rentner: Hinzuverdienst immer beliebter

So viel Prozent der in diesem Jahr und für die jeweilige Rentenart erstmals rentenberechtigten Jahrgänge in Deutschland arbeiteten nach Renteneintritt weiter; bei Doppeljahrgängen: Werte für die größere Gruppe



Langjährig Versicherte: Mindestens 35 Versicherungsjahre, vorzeitiger Renteneintritt mit Abschlägen
 Besonders langjährig Versicherte: 45 Versicherungsjahre, vorzeitiger Renteneintritt ohne Abschläge
 2020: Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze ohne Rentenabzüge von 6.300 Euro auf 44.590 Euro
 2021: Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze ohne Rentenabzüge auf 46.060 Euro
 2023: Abschaffung der Hinzuverdienstgrenze

Hinzuverdienstgrenzen gelten nicht für Regelaltersrentner

Quellen: Forschungszentrum der Rentenversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Die Neurentner mit Hinzuverdienst tragen über alle Berufsberiche hinweg nur minimal zur Fachkräftesicherung bei.

Selbst wenn man die langjährig Versicherten und die besonders langjährig Versicherten zusammenrechnet, stellen sie im Berufsbereich mit den meisten Hinzuverdienern – Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung – lediglich 0,3 Prozent aller Beschäftigten.

In den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen Berufen sind die Quoten noch niedriger.

Die Ergebnisse der IW-Studie wecken demnach Zweifel, ob das vornehmliche Ziel der Regierung, dem demografischen Wandel mit der wegfallenden Hinzuverdienstgrenze entgegenzuwirken, erfolgreich sein kann. In einem nächsten Schritt gilt es zu untersuchen, ob die neue Regel eine relevante Zahl von Menschen

dazu verleitet, früher in Rente zu gehen. Sollte dies der Fall sein, wäre die Reform noch nicht einmal ein Nullsummenspiel, sondern eine Fehlplanung, weil die Beitrags- und Steuerzahler durch mehr Frührentner deutlich stärker belastet würden.

IW-Report 25/2025

Ruth Maria Schüler, Stefanie Seele:
 Heraufsetzung und Wegfall der Hinzuverdienstgrenze

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. • Präsident: Arndt Günter Kirchhoff • Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther • Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) • **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber • **Grafik:** IW Medien GmbH • **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de • **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich • **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de • **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln • Telefon: 0221 4981-0 • **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim • Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de • Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwdmedien.de • In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



3,3 Kilogramm

Erdbeeren hat jeder Bundesbürger zwischen dem 1. Juli 2023 und dem 30. Juni 2024 laut der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Schnitt verputzt. Zwar waren das rund 700 Gramm weniger als im Vorjahreszeitraum, dennoch gehören Erdbeeren in Deutschland nach wie vor zu den beliebtesten Obstsorten – auch wenn sie streng genommen zu den Nüssen gehören. Hinter Äpfeln, Bananen und Trauben belegen sie Platz vier.

Insgesamt verzehrten die Bundesbürger im Wirtschaftsjahr 2023/24 etwa 280.000 Tonnen Erdbeeren – sowohl frische vom Feld als auch verarbeitete Produkte. Etwa 41 Prozent davon stammen von deutschen Erzeugern: Im vergangenen Jahr bewirtschafteten sie rund 13.150 Hektar Erdbeerflächen. Knapp zwei Drittel davon liegen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Um künftig größere Erntemengen zu erzielen, verlagern immer mehr Betriebe ihren Anbau vom Freiland in Folientunnel oder Gewächshäuser. Für Importe greifen die Händler hauptsächlich auf Erdbeeren aus Spanien, Griechenland und den Niederlanden zurück. Erdbeeren, die zwischen November und März offeriert werden, stammen meist aus Ägypten und Marokko.

Top-Liste: Der EU-Warenverkehr

Nicht nur für Deutschland, auch für die EU-Staaten insgesamt sind die USA der wichtigste Handelspartner. Ein Blick auf die EU-Ausfuhren im April 2025 zeigt jedoch, dass auch andere Länder viele EU-Waren einkaufen. So erreichten in diesem Monat alleine die EU-Exporte in das Vereinigte Königreich und in die Schweiz zusammen mit annähernd 46 Milliarden Euro fast dasselbe Volumen wie das der Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Und bei den EU-Wareneinfuhren haben sowieso nicht die USA die Nase vorn, sondern die Volksrepublik China, aus der die EU zuletzt Produkte für rund 44 Milliarden Euro importierte. Die wichtigste Produktgruppe sowohl der EU-Importe als auch -Exporte sind Maschinen und Fahrzeuge, wobei es hier im April einen Handelsbilanzüberschuss von rund 15 Milliarden Euro gab.

EU: Die wichtigsten Handelspartner

Waren im Wert von so vielen Milliarden Euro führten die EU-Mitgliedsstaaten im April 2025 aus beziehungsweise ein

	EU-Ausfuhren nach	EU-Einfuhren aus
USA	47,6	29,9
Vereinigtes Königreich	28,2	13,2
Schweiz	17,5	11,9
China	16,3	44,4
Türkei	10,2	9,1
Japan	5,4	5,5
Norwegen	5,1	9,1
Südkorea	4,4	6,3
Mexiko	4,3	3,1
Indien	4,0	6,0

Quelle: Eurostat
© 2025 IW Medien / iwd

iwd